



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

28.03.2025	Ingenieur.de : Atommüll: Bundesamt sieht Transmutation als nicht umsetzbar an	3
28.03.2025	Landeszeitung: Mehr Tempo bei der Endlagersuche für Atommüll: In Gorleben ist man skeptisch	5
31.03.2025	Fränkische Nachrichten Taubertal: Atommüll-Zwischenlager in Philippsburg ist komplett	7
29.03.2025	Landeszeitung für die Lüneburger Heide: Schwierige Endlagersuche	8
	Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV	10
28.03.2025	WELT ONLINE: MV-Wirtschaft 2024 gegen Bundestrend leicht gewachsen	11

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

ING Ingenieur.de

Atommüll: Bundesamt sieht Transmutation als nicht umsetzbar an

28. März 2025 16:50 | Medienart: Online | Visits/Monat: 750.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Die Debatte beim **Atommüll**. Es scheint ein ewiges Abwägen, inzwischen kursieren Abschätzungen, erst im nächsten Jahrhundert ist der in Deutschland produzierte Abfall endgültig da, wo er hinsoll: im **Endlager**. Geht das nicht einfacher? Wir zaubern den gefährlichen **Atommüll** einfach weg, indem wir ihn bestrahlen. Vor allem die langlebigen hoch radioaktiven Isotope verwandeln wir so in harmlosere Versionen. Transmutation nennt sich das. So könnten wir vielleicht all die **Endlagerprobleme** und jahrzehntelangen Beteiligungsprozesse elegant umschiffen – und der Umwelt einen Gefallen tun. Wär doch was, oder?

Transmutex ist ein Unternehmen aus der Schweiz, das seit ein paar Jahren genau dieses Verfahren entwickeln will und in zehn Jahren eine Pilotanlage mit seiner speziellen Technologie gebaut haben will. Das war Stand 2021. Inzwischen hat das Unternehmen selbst bei der deutschen Bundesagentur für Sprunginnovationen (Sprind) eine sogenannte „Umsetzungsstudie über eine beschleunigergetriebene Neutronenquelle am Standort eines ehemaligen Kernkraftwerks“ erstellt.

Bundesamt BASE kann Transmutationsstudie nicht nachvollziehen

Diese Studie wiederum hat jetzt das **Bundesamt** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung (BASE)** untersucht und dazu eine „Fachstellungnahme“ erstellt, die VDI nachrichten vorliegt. Die fällt für Transmutex sicherlich ernüchternd aus. Wer das **BASE-Papier** liest, kann zum Schluss kommen: Die Studie, die für Sprind erstellt wurde, genügt den Anforderungen an ein wissenschaftliches Paper nicht; zu intransparent, nicht nachvollziehbar. Danach bleiben viele Frage offen.

Ganz wichtig: Die Fachstellungnahme des **BASE** bezieht sich nicht allgemein auf die Transmutation (s. u.).
Stellenangebote im Bereich Energie & Umwelt Energie & Umwelt Jobs

Was das **BASE** an der Transmutex-Studie bemängelt

Das **Bundesamt** bemängelt nicht die Transmutation als solche. Es muss sich sogar fachlich damit beschäftigen – von Amts wegen. In der neuen Forschungsagenda 2025 bis 2028, die das **BASE** am 28. März vorgestellt hatte, ist Transmutation auch explizit Teil der Agenda – als „alternative Entsorgungsoption“ gilt es sie zu bewerten.

Insofern geht es bei der Fachstellungnahme des **BASE** um die Betrachtung der Sprind-Studie. Dabei handelt es sich um einen sogenannten Validierungsauftrag. „Erstellt hat die Studie ein Team unter der

Leitung von Guido Houben, dem CEO der Transmutex AG“, erläutert die Fachstellungnahme des BASE.

„Transmutation ist ein seit Jahrzehnten diskutiertes alternatives Entsorgungskonzept“, so Jochen Ahlswede, Abteilungsleiter Forschung beim BASE. „Die Prüfung von Potenzialen und Risiken dieser Technologie ist explizit Teil der Forschungsagenda des BASE. In unserer aktuellen Fachstellungnahme zur Umsetzungsstudie der Bundesagentur für Sprunginnovationen am Beispiel der Technologie von Transmutex kommen wir zum Schluss, dass selbst im Falle einer hypothetischen Realisierbarkeit die Lasten zuungunsten zukünftiger Generationen verschoben würden.“

Was ist das Technologiekonzept von Transmutex für die Transmutation?

Das Schweizer Start-up will hoch radioaktive Abfälle aus den deutschen Kernkraftwerken quasi an den ursprünglichen Kraftwerksstandorten behandeln. Dort, wo heute schon die Zwischenlager mit den abgebrannten Kernbrennstäben sind. Das Transmutationskonzept erfordert an jedem dieser Standorte drei Anlagen: einen beschleunigergetriebenen Reaktor mit Bleikühlung und einer thermischen Leistung von 604 MW; eine Anlage zur pyrochemischen Wiederaufarbeitung zur Brennstoff- und Targetfertigung eine Konditionierungsanlage für die verbleibenden und entstehenden Abfälle.

These laut Transmutex: ein tiefengeologisches Endlager mit einer Langzeitsicherheitsbetrachtung von 1 Mio. Jahren würde überflüssig. „Eine Umsetzbarkeit dieser Behauptung sieht das BASE nach den bislang vorliegenden Erkenntnissen jedoch nicht“, heißt es dazu seitens des BASE. Was sind die Kritikpunkte des BASE an der Studie zu Transmutex Das BASE fasst die Ergebnisse in fünf wesentlichen Punkten zusammen: Das Transmutex-Konzept basiert „auf der großtechnischen Realisierung von mehreren neu zu entwickelnden Anlagenkomponenten“. Die Angaben dazu seien jedoch unzureichend, es gebe „zu zahlreichen, technisch entscheidenden Funktionsweisen keine oder nicht nachvollziehbare Angaben. Ob die Gesamtanlage mit den vorgesehenen Eigenschaften in der Praxis jemals einsatzfähig wäre, muss als hochgradig spekulativ bewertet werden.“ Falls das Transmutex-Konzept umsetzungsreif würde, bräuchte es „für die Bearbeitung des gesamten deutschen Inventars“ Gesamtlaufzeiten in der Größenordnung von mindestens einem Jahrhundert. Eben an jedem Kernkraftwerksstandort. „Lasten würden damit zuungunsten der zukünftigen Generationen verschoben werden“, so das BASE. So lange würde es auch brauchen, das bestehende Endlagerkonzept umzusetzen. Endlager für hoch radioaktive Abfälle würden nicht überflüssig, so Ahlswede: „Auch eine erfolgreiche Umsetzung des Transmutex-Konzepts würde ein tiefengeologisches Endlager für hoch radioaktive Abfälle in Deutschland nicht überflüssig machen. Wir bräuchten im Erfolgsfall lediglich ein kleineres Endlager, dafür aber zusätzlich ein weiteres Endlager für neu entstehende niedrig- und mittelradioaktive Abfälle.“ Schacht Konrad, das sei sicher, bliebe dabei außen vor und stünde nicht zur Verfügung. Das BASE kann laut Studie weder Kosten noch Realisierungszeiten nachvollziehen. Vielmehr müssten diese „vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit vergleichbaren kerntechnischen Anlagenkomponenten sowie der großen Menge an offenen Forschungs- und Entwicklungsbedarfen als unrealistisch eingeschätzt werden“. Auch ob die Transmutex-Anlage überhaupt einen Umweltvorteil bietet, sieht das BASE mit Fragezeichen versehen. Das Amt hält es daher für fraglich, ob das Transmutex-Konzept „in Summe überhaupt zu einem Sicherheitsgewinn für Mensch und Umwelt führen würde“.

Das Versprechen von Transmutex ist, dass es für hoch radioaktive Abfälle aus Kernkraftwerken kein Endlager braucht. „Die Frage ist: Wollen wir es uns erlauben, bei der Entsorgung auf eine hochspekulative Technologie wie Transmutation zu setzen, um in ein paar Jahrzehnten feststellen zu müssen, dass es doch nicht klappt“, so Ahlswede. „Und dann müssten wir wieder von vorne anfangen.“

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Landeszeitung

Mehr Tempo bei der Endlagersuche für Atommüll: In Gorleben ist man skeptisch

28. März 2025 20:15 | Medienart: Online | Visits/Monat: 250.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Gorleben. Das sprichwörtliche Jahrhundertprojekt Endlagersuche in Deutschland soll nach dem Willen der zuständigen Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) doch schneller zu einem Ergebnis, sprich einem Endlager für hoch radioaktiven Atommüll kommen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die BGE eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet, das Suchprozedere zu beschleunigen.

Weiterlesen nach der

„Es ist immer noch möglich, bis Mitte dieses Jahrhunderts einen Standort festgelegt zu haben“, hat dazu jüngst die Vorsitzende der BGE-Geschäftsführung, Iris Graffunder, mitgeteilt. Und weiter: „Aus fachlicher Sicht lassen sich die Erkundungen von über Tage, also Phase II, und von unter Tage, also Phase III, in einer Phase zusammenfassen.“

Fünf bis zehn Standortregionen bis 2027

Ende 2027 will die BGE demnach dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung etwa fünf bis zehn Standortregionen für die übertägige Erkundung vorschlagen. In einer gestuften Erkundung will sie zu maximal drei bestmöglichen, unterirdischen Standorten für ein Endlager kommen und diese miteinander vergleichen. Weiterlesen nach der

Um damit schneller voranzukommen, schlägt die BGE beschleunigte Verfahren für die notwendigen Genehmigungen und die Vielzahl an Nutzungs- und Betretungsrechten für die Grundstücke vor, von denen aus sie erkunden will. Denn dort zeichne sich ein Flaschenhals ab, befürchtet die BGE. Außerdem will sie vermeiden, in mehreren Bundesländern dieselben Anträge stellen zu müssen. „Bei einem Wechsel der

Zuständigkeit auf eine Bundesbehörde wäre ein einheitliches Verfahren garantiert“, sagt die BGE. Sie plädiert für Regelungen wie beim Ausbau erneuerbarer Energien und eine Erkundungsphase ähnlich der bei der Suche nach Rohstoffen.

Die Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg sieht die Vorschläge der BGE „äußerst kritisch“. Die für eine beschleunigte Endlagersuche notwendige Änderung des Standortauswahlgesetzes würde „die Beteiligungsrechte der Kommunen, Gebietskörperschaften und Umweltverbände und deren Klagemöglichkeiten tangieren“, bemängelt die BI. „Hier wird aus unserer Sicht die Rechtssicherheit von Betroffenen geschmälert“, heißt es weiter.

Im vorigen Sommer war bekannt geworden, dass die ursprünglich bis 2031 angedachte Suche nach einem Endlagerstandort deutlich länger – bis ins Jahr 2074 – dauert. Dadurch verlängert sich auch die Zwischenlagerung des Atommülls etwa in Gorleben um Jahrzehnte. Weil die bisherige Genehmigung des Lagers in Lüchow-Dannenberg nur bis 2034 gilt, hat die Betreiberin, die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), ein neues Verfahren angestoßen.

BI kritisiert Intransparenz beim Umgang mit Atommüll

Unterdessen wirft die BI Behörden und beteiligten Unternehmen erneut Intransparenz beim Umgang mit Atommüll vor. Dieses Mal im Zusammenhang mit den verkehrsrechtlichen Zulassungen der Castorbehälter. Bei Behältern mit hoch radioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague lief diese im März aus – der Behältertyp hat in der Übersichtsliste der Aufsichtsbehörde, dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), nun eine verlängerte Zulassung bis März 2034. Weiterlesen nach der

Das Bemühen der BI, das Zulassungsverfahren transparent zu gestalten und Einsicht in die Zulassungspapiere zu erhalten, sei damit ins Leere gelaufen, beklagen die Atomkraftgegner. „Unsere weitergehende Forderung, dass mit Blick auf die erwartbare lange Lagerzeit von weiteren 80 bis 100 Jahren umfassendere Prüfungen, also auch Echttests zur mechanischen und thermischen Belastung, stattfinden müssten, wurde offensichtlich in den Wind geschlagen“, kritisiert BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

LZ/WA

Atommüll-Zwischenlager in Philippsburg ist komplett

Kernenergie: 106 Castorbehälter stehen nun an Ort und Stelle. Aber es gibt einen weiteren Atommülltransport nach Deutschland.

Die strahlenden Hinterlassenschaften der Kernenergie-Ära Deutschlands beschäftigen die Behörden weiterhin. Am Freitag meldete die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ): Die Einlagerung aller Castor-Behälter im Zwischenlager auf dem Gelände des früheren Kernkraftwerks Philippsburg ist jetzt abgeschlossen.

Unterdessen sind aktuell weitere Castoren mit hochradioaktivem Müll aus deutschen Kernkraftwerken aus der Wiederaufarbeitungsanlage im englischen Sellafield unterwegs zurück nach Deutschland. Dabei könnte der Transport möglicherweise auch durch die Region rollen. Ziel der sieben Castorbehälter ist das Zwischenlager in Niederaichbach bei Landshut.

Bereits im vergangenen November waren vier Castoren mit Atommüll aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague nach Philippsburg transportiert worden. Diese Castoren stehen nach Angaben der BGZ nun im Zwischenlager an Ort und Stelle und sind an das Behälterüberwachungssystem angeschlossen. Damit ist das Zwischenlager komplett. Weitere Behälter kommen nicht mehr dazu – obwohl noch Platz wäre. Genehmigt sind in der

Halle insgesamt 152 Behälterstellplätze. Tatsächlich sind jedoch nur 106 Castoren eingelagert.

Kein weiterer Atommüll mehr nach Philippsburg

In 102 Behältern sind die Brennelemente aus dem Betrieb des Philippsburger Kraftwerks enthalten. Die vier weiteren sind mit Atommüll gefüllt, der allgemein aus deutschen Kernkraftwerken stammt, aber nicht mehr genau einzelnen Anlagen zugeordnet werden kann. Der Müll wurde in La Hague in der Normandie für die Zwischenlagerung aufgearbeitet und in sogenannten Glaskokillen eingeschmolzen. Die Bundesrepublik Deutschland sowie die deutschen Kraftwerksbetreiber hatten sich dazu verpflichtet, diesen Abfall zurückzunehmen. Zwischen Deutschland und Frankreich sowie Großbritannien – auch dort wurde deutscher Atommüll aufgearbeitet – gibt es eine völkerrechtliche Vereinbarung dazu.

„Wir als Standortkommune tragen somit zur gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für die nukleare Entsorgung bei“, betont Philippsburgs Bürgermeister Stefan Martus. „Daher begrüße

ich es sehr, dass die Einlagerung nun abgeschlossen ist und keine weiteren hochradioaktiven Abfälle ins Zwischenlager gebracht werden.“

In Biblis ist das Zwischenlager bereits seit 2020 komplett. Unterdessen sind sieben Castor-Behälter mit hochradioaktivem Abfall auf dem Weg von Großbritannien nach Deutschland. Die Behälter sollen über einen deutschen Hafen und dann mit Eisenbahnwaggons in das Zwischenlager in Niederaichbach bei Landshut gebracht werden. Details zur Route des Transportes sowie zum Zeitplan werden laut GNS aus Sicherheitsgründen nicht veröffentlicht.

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace kritisierte die Rückkehr des Atommülls als „das Ergebnis einer verfehlten Energiepolitik, die mehr als fünf Jahrzehnte auf Atomkraft setzte“.

Wo der radioaktive Atommüll bleiben soll, sei und bleibe ungeklärt, sagte eine Sprecherin. „Niemand möchte ihn haben. Aber wer auf Atomkraft gesetzt hat, muss schlussendlich auch die Verantwortung für seinen Müll übernehmen.“

Wörter: 400
Autor/-in: Bernhard Zinke
Seite: 11 bis 11
Ressort: Main-Neckar
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage: 7.236 (gedruckt)¹
6.609 (verkauft)¹
6.748 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,03089 (in Mio)²

¹ IVW 4/2024

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Schwierige Endlagersuche

Bundesgesellschaft will endgültige Lösung für Atommüll beschleunigen

Von Jens Heymann

Gorleben. Das sprichwörtliche Jahrhundertprojekt Endlagersuche in Deutschland soll nach dem Willen der zuständigen Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) doch schneller zu einem Ergebnis, sprich einem Endlager für hoch radioaktiven Atommüll kommen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die BGE eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet.

„Es ist immer noch möglich, bis Mitte dieses Jahrhunderts einen Standort festgelegt zu haben“, hat dazu jüngst die Vorsitzende der BGE-Geschäftsführung, Iris Graffunder, mitgeteilt. Und weiter: „Aus fachlicher Sicht lassen sich die Erkundungen von über Tage, also Phase II, und von unter Tage, also Phase III, in einer Phase zusammenfassen.“

Ende 2027 will die BGE demnach dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung etwa fünf bis zehn Standortregionen für die übertägige Erkundung vorschlagen. In einer gestuften Erkundung will sie zu maximal drei bestmöglichen, unterirdischen Standorten für ein Endlager kommen und diese miteinander vergleichen.

Um damit schneller voranzukommen, schlägt die BGE beschleunigte Verfahren für die notwendigen Genehmigun-

gen und die Vielzahl an Nutzungs- und Betretungsrechten für die Grundstücke vor, von denen aus sie erkunden will. Denn dort zeichne sich ein Flaschenhals ab, befürchtet die BGE. Außerdem will sie vermeiden, in mehreren Bundesländern dieselben Anträge stellen zu müssen. „Bei einem Wechsel der Zuständigkeit auf eine Bundesbehörde wäre ein einheitliches Verfahren garantiert“, sagt die BGE. Sie plädiert für Regelungen wie beim Ausbau erneuerbarer Energien und eine Erkundungsphase ähnlich der bei der Suche nach Rohstoffen.

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) sieht die Vorschläge der BGE „äußerst kritisch“. Die für eine beschleunigte Endlagersuche notwendige Änderung des Standortauswahlgesetzes würde „die Beteiligungsrechte der Kommunen, Gebietskörperschaften und Umweltverbände und deren Klagemöglichkeiten tangieren“, bemängelt sie. „Hier wird aus unserer Sicht die Rechtssicherheit von Betroffenen geschmälert.“

Im vorigen Sommer war bekannt geworden, dass die ursprünglich bis 2031 angedachte Suche nach einem Endlagerstandort deutlich länger – bis ins Jahr 2074 – dauert. Dadurch verlängert sich auch die Zwischenlagerung des Atommülls etwa in Gorleben. Weil

die bisherige Genehmigung des Lagers nur bis 2034 gilt, hat die Betreiberin, die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), ein neues Verfahren angestoßen.

Unterdessen wirft die BI Behörden und beteiligten Unternehmen erneut Intransparenz beim Umgang mit Atommüll vor. Dieses Mal im Zusammenhang mit den verkehrsrechtlichen Zulassungen der Castorbehälter. Bei Behältern mit hoch radioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague lief diese im März aus – der Behältertyp hat in der Übersichtsliste der Aufsichtsbehörde, dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), nun eine verlängerte Zulassung bis März 2034.

Das Bemühen der BI, das Zulassungsverfahren transparent zu gestalten und Einsicht in die Zulassungspapiere zu erhalten, sei damit ins Leere gelaufen, beklagen die Atomkraftgegner. „Unsere weitergehende Forderung, dass mit Blick auf die erwartbare lange Lagerzeit von weiteren 80 bis 100 Jahren umfassendere Prüfungen, also auch Echttests zur mechanischen und thermischen Belastung, stattfinden müssten, wurde offensichtlich in den Wind geschlagen“, kritisiert BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Wörter: 460
Seite: 9
Ressort: Lokales
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
Ausgabe: Einzelausgabe
Auflage: 18.952 (gedruckt)¹
20.301 (verkauft)¹
24.892 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,06711 (in Mio)²

¹ IVW 4/2024

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

W WELT ONLINE

MV-Wirtschaft 2024 gegen Bundestrend leicht gewachsen

28. März 2025 11:44 | Medienart: Online | Visits/Monat: 95.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Schwerin - Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaft ist anders als die deutsche Wirtschaft insgesamt im vergangenen Jahr leicht gewachsen.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg preisbereinigt um 1,3 Prozent im Vergleich zu 2023 an, wie das Statistische Amt des Landes mitteilte.

Ein stärkeres Wirtschaftswachstum gab es demnach nur in Hamburg mit 1,7 Prozent. Die Statistiker beriefen sich auf Berechnungen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Die Zahlen seien noch vorläufig.

Im Bundesdurchschnitt schrumpfte das BIP den Angaben zufolge um 0,2 Prozent. An der Wirtschaftsleistung Deutschlands hatte Mecklenburg-Vorpommern mit einem Bruttoinlandsprodukt von 61,2 Milliarden Euro einen Anteil von 1,4 Prozent, wie es weiter hieß.